

Inland.

Posen, den 11. September. Zu Nus und Frommen des reisenden Publikums dürfte es gereichen, hier eine Scene zu veröffentlichen, deren Schauplatz vor noch nicht acht Tagen der Bahnhof Samter gewesen ist. Wir entnehmen die Schilderung dem Schreiben eines durchaus glaubwürdigen Mannes aus Czarnikau, der nebst einem Herrn aus Lubasz bereit ist, jene Data auf Verlangen eidlich zu erhärten.

„Samter — 5 Minuten, hieß es. Wir stiegen aus, gingen bis zur Lokomotive, kehrten wieder um. Weil ich sah, daß die Schaffner bereits die Wagen schlossen, so eilte ich etwa 8—10 Schritte voraus und setzte mich ein; hinter mir schlug die Thür zu. Noch stand der Zug. Herr R. aus Wirsz kommt an, aber wie ein Cerberus stellt sich der Schaffner vor und läßt ihn nicht in den Wagen, weil es zu spät sei. — R. bittet, steht — unterdessen beginnt der Zug sich in Bewegung zu setzen. Ein anderer Beamter tritt hinzu, der Bahnhof=Inspektor von Samter, um R. vom Wagen wegzureißen, der mich und sein Reisegepäck zu entführen droht. Da er greift Verzweiflung den Armen, er wirft sich mit dem Oberleibe durch die Deffnung in der geschlossenen Thür und wird so von uns aufgefangen und hereingezogen. Ehe das jedoch vollendet war, da — es ist empörend zu sagen — da schlug jener treffliche Samtersche Bahn=Inspektor den armen R. immer mit geballten Fäusten auf Rücken und Füße. — Neue Scene. Der Zug hält an, die Thür wird aufgeschlossen, und ein untergeordneter Beamter reißt den Passagier aus dem Wagen. Der Zug flog dahin — Erst Abends um 10 Uhr kam R. in Czarnikau an; noch glücklich genug hatte er eine Gelegenheit bis Bronke benutzen können, dort aber eine Extrafuhre nehmen müssen. — In Samter sollen noch andere Dinge vorgekommen sein: unter Anderem ist ein Israelit, der über solche Gewaltthätigkeit empört, sich des R. angenommen hat, arretirt worden. Man ist bei Ahlemann, beim Landrath, beim Bürgermeister gewesen u. s. w.“

Dies die Thatfachen. Das Original des Briefes liegt der Zeitungs-Redaktion vor, die Namen sind da zu erfahren und wir geben uns gern der Hoffnung hin, daß die gewiß sehr humane Bahn=Direktion aus dem Mitgetheilten Veranlassung nehmen wird, eine strenge Untersuchung des ganzen Vorfalles anzustellen, und daß sie namentlich darauf bedacht sein wird, in Zukunft Reisende vor ähnlicher Willkür und Ausschreitung einzelner Beamten zu sichern.

□ Berlin, den 10. September. Die Sieger vom 7. September, für deren Freudentaumel der beste Maßstab darin gefunden werden kann, daß eins ihrer öffentlichen Organe, wenn ich nicht irre, die Zeitungshalle, zum ersten Male seit dem 18. März es für nöthig hielt, das Wort Mäßigung, Mäßigung im Jubel auszusprechen, jene beklatschten und buchstäblich auf Händen getragenen Sieger, von denen wohl mancher in der Nacht vom 7. zum 8. in süßen Träumen ein goldenes von Strahlenglanz umflossenes Ministerportefeuille auf sich herab schweben sah, die Sieger sind bereits etwas betroffen, daß der auf sich herab schweben sah, die Sieger sind bereits etwas betroffen, daß der Siegespreis so lange auf sich warten läßt. Noch ist keiner von ihnen Minister. Ja es liegt sogar nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, daß sie gleich den Frankfurter Ueberwindern vom 5. September sich bald ihres Erfolges schämen und es bereuen werden, gesiegt zu haben. Es wiederholt sich nemlich das Gerücht, daß der König, um die Portefeullesjagden aus der Singakademie zu verbannen, sich entschlossen habe, nunmehr seine Minister nicht auf den Deputirtenstufen zu suchen. Daneben cirkuliren jedoch auch so mannigfache, meist einander völlig aufhebende Ministerkombinationen, daß Sie es mir gern erlassen werden, sie Ihnen alle aufzuzählen. Indes mag ich die von vielen Seiten und mit großer Beharrlichkeit vorgebrachte Behauptung nicht verschweigen, daß Hansemann entweder an die Spitze des neu zu bildenden Cabinets gestellt werden, oder mindestens die Verwaltung der Finanzen fortbehalten werde. Jedensfalls wird bereits in vielen Plakaten und vornehmlich in solchen, deren Fassung auf reaktionären Ursprung mit ziemlicher Sicherheit schließen läßt, aufs Heftigste gegen Hansemann geeifert, ihm staatsökonomische Ungeschicklichkeit, unbegrenzter Ehrgeiz, Herrschucht, betrügerische Schlaueit vorgerückt und zur guten Last sogar mit der Guillotine gedroht. — Man erwartet, daß morgen oder übermorgen die königliche Entschließung der Nationalversammlung vorgelegt werden wird.

△ Berlin, den 10. September. Die Befürchtungen für den heutigen Tag, von denen ich Ihnen gestern schrieb, sind bis jetzt noch nicht verwirklicht. Noch ist es äußerlich still, und außerordentliche Maßregeln sind noch nicht ergriffen. Aber im Innern wühlt es und arbeitet es. Das Feuer glimmt unter der Asche, wir stehen auf einem Vulkan, der loszubrechen droht in jedem Augenblicke. Die Ministerkrisis soll unzweifelhaft dazu benutzt werden. Held, der Demagoge im antiken Sinne des Wortes, der eigentliche und ächte Agitator, der über eine große Zahl der Arbeiter, Fabrikarbeiter, und besonders Maschinenbauer, zu disponiren hat, soll mit der Aristokratie sich verbunden haben und in den Versammlungen, in denen er auftritt, ganz unumwunden dahin arbeiten, man müsse um Alles das gegenwärtige Regiment stürzen und das könne nur in Verbindung mit der Aristokratie geschehen. Man nennt besonders ein Mitglied des Preußener Vereins, durch welches Held gewonnen sei, und welches nun alle Mittel in Bewegung setze, um einen großartigen Staatsstreich auszuführen. Man scheint von jener Seite her entschlossen zu sein, Alles zu wagen und selbst kein Blutvergießen zu scheuen. Die gemäßigten Mitte, das eigentliche Bürgerthum, die Herrschaft der nicht privilegierten Bildung ist den Umsturzmannern der äußersten privilegierten Rechten, so wie denen der äußersten ungemäßigten, Pöbelthum nicht verschmähenden Linken ein Dorn im Auge. Diesem Bürgerthum gilt der Kampf. Ein Zusammenstoß wird offenbar beabsichtigt. Die Gelegenheit dazu wird schon sich bieten. Die nächsten Tage müssen es zeigen, ob die Parteien sich verständigt, ob sie sich hinlänglich gerüstet, ob der Augenblick ihnen günstig erschienen.

Berlin, den 11. Sept. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung hat der Minister-Präsident v. Auerwald bei dem Beginn der Sitzung folgende Erklärung abgegeben: Das Ministerium hat in Verfolg der Verhandlungen dieser Versammlung vom 7. d. M. keinen Augenblick geögert, bei des Königs Majestät seine Entlassung nachzusuchen und dieselbe demnächst, wie folgt, begründet: Sw. Königl. Majestät haben wir bereits die ehrerbietige Bitte um Entbindung von den uns anvertrauten Aemtern vorgetragen. Indem wir dieses Gesuch hierdurch ehrsüchtvoll wiederholen, erlauben wir uns, zur Begründung desselben Folgendes anzuführen: Unserer Ansicht nach muß das von uns vertretene und in der Sitzung der Nationalversammlung vom 7. d. M. verteidigte Prinzip: „daß derselben die Festsetzung von Verwaltungs-Maßregeln nicht zustehet“, aufrecht erhalten werden, weil ohne dasselbe die konstitutionelle Monarchie nicht bestehen kann. Wir glauben aber, aus dem in jener Sitzung gefaßten Beschlusse der National-Versammlung einen Mangel an Vertrauen zu unseren Personen folgern zu müssen, welcher es uns in hohem Grade schwierig machen würde, jenes Prinzip aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde bitten wir Sw. Königl. Majestät ehrsüchtvoll, uns die nachgesuchte Dienstentlassung Allergnädigst ertheilen zu wollen.

Berlin, den 9. Sept. 1848.

Die Staats-Minister (gez.) von Auerwald. Hansemann. Freiherr von Schreckenstein. Wilde. Märcker. Gierke. Kühlwetter. An des Königs Majestät.

Es haben des Königs Majestät darauf erklärt: „Ich bin mit der in Ihrem Berichte vom 9. d. M. ausgesprochenen Ansicht einverstanden, daß ohne Aufrechthaltung des darin aufgestellten Prinzips die konstitutionelle Monarchie nicht bestehen kann. Gleichwohl werde Ich Ihnen aus dem von Ihnen angeführten Grunde die nachgesuchte Dienst-Entlassung ertheilen. Bis zur Bildung eines neuen Ministeriums haben Sie Ihre Geschäfte fortzuführen. Sanssouci, den 10. Sept. 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (contraf.) v. Auerwald.“

An sämmtliche Mitglieder des Staatsministeriums.

Mücheln, den 4. Septbr. Die mit dem 24. beginnende Jagdzeit hat in der hiesigen Gegend, namentlich in den nach Merseburg zu liegenden Distrikten, wo die Familie v. Haldorf viele Beholungen hat, große Aufregung verursacht. Das durch anarchische Wühlereien schon längst aufgeregte Volk beeilte sich so gleich von seinem vermeintlichen Rechte Gebrauch zu machen. In einem Dorfe nach dem andern wurden bedeutende Treibjagen angestellt, und es lag wahrhaftig nicht an dem guten Willen der zahlreichen Schützen, daß das Resultat sehr gering war. Und diese Gesegwidrigkeiten gingen noch dazu nicht von einzelnen Uebelgesinnten, sondern officiell von den ganzen Gemeinden aus, so daß selbst der, welcher nicht daran Theil nehmen wollte, Strafe zahlen mußte. Zugleich hörte man auch überall von Drohungen gegen die Jagdberechtigten, falls dieselben von ihrem Rechte Gebrauch machen wollten. Die von der Regierung gethanen Gegenschritte, namentlich das Erscheinen des Militärs, hatten nun das Volk sehr aufgeregt, und Alles war auf die auf gestern angesagte Volksversammlung sehr gespannt. Die Mitglieder sollten unter dem Vorwande eines Scheibenschießens bewaffnet erscheinen. Man fabelte von vielen Tausenden, welche aus Halle, Merseburg, Weiskens, Lützen, Freiberg u. c. und den Dorfschaften kommen sollten, auch ging ein Gerücht von in der Nähe zusammengezogenem Militär. Heute Morgen versammelte sich die hiesige Bürgerwehr und zog, verstärkt durch die Mannschaften der umliegenden Dörfer, den Ankommen den entgegen und holte sie feierlich ein. Die Volksversammlung selbst begann gegen 3 Uhr. Die Theilnehmer, meist aus den untersten Klassen, beliefen sich gegen 2500, höchstens 3000. Die Redner sprachen meist mittelmäßig. Unter den vielen ist hervorzuheben: Dr. Sachse aus Merseburg, Wislicenus aus Halle, Meiffert und Naatz aus Naumburg u. a. Die Tendenz der Versammlung ging gradezu auf Anarchie. Von einer neuen blutigeren Revolution gegen König, Junker, Pfaffen und Beamten wurde wie von einer ausgemachten Thatfache gesprochen. Die Gemäßigteren, wie Wislicenus und Naatz, welche die Republik auf dem Wege des Gesetzes erstreben wollten, wurden verlacht, und die Versammlung erklärte sich auf Befragen des Dr. Sachse ausdrücklich für „die rothe Republik.“ Die Folgen dieser Versammlung werden für die hiesige Gegend bedeutend sein, die Gemüther sind durch die fortgesetzten Wühlereien fürchtbar erregt worden. Wenn solchem offenbar anarchischen Treiben nicht bald ein Ziel gesetzt wird, haben wir noch das Schlimmste zu befürchten. Die Versammlung schloß, wie natürlich zu erwarten war, mit einem Hoch auf den edlen Vater, den Vater des Vaterlandes. (P. A. Z.)

Danzig. Die hiesigen Schiffs capitane machen darauf aufmerksam, wie nothwendig es sei, vor der Errichtung einer Deutschen Flotte praktische Seeleute zu bilden, und führen dabei an, daß die „Amazone“ bei ihrer ersten Sommerreise, als sie mit fast lauter Theoretikern besetzt war, nicht weniger als viermal auf den Grund gerieth.

Frankfurt a. M., den 7. September. Außer den bereits mitgetheilten Aktenstücken enthält die D. V. A. Z. noch das auf den Waffenstillstand bezügliche Schreiben des Königl. Preuß. Bevollmächtigten Herrn Camphausen an den Reichsminister des Auswärtigen Herrn Hefker. In demselben wird durchgeführt, daß, da die Einsetzung der provisorischen Centralgewalt und der Antritt des Erzherzog-Reichsverwesers noch nicht an die Dänische Regierung notificirt worden, demgemäß auch nur im Namen des im Ausland allein bekannten „Deutschen Bundes“ unterhandelt werden konnte. Auch sei durch den parlamentarischen Beschluß vom 28. Juni nicht der „Deutsche Bund“, sondern nur der Bundestag aufgehoben worden. Der Auftrag der Preussischen Regierung sei ferner nicht darauf be-

schränkt gewesen, einen in wörtlicher Fassung feststehenden Vertragsentwurf zur Annahme oder Verwerfung vorzutragen, sondern dahin gegangen, auf Grundlage eines bestimmten Entwurfs eine Unterhandlung zu eröffnen und bei den verschiedenen Wendungen dahin zu streben, mit dem Geiste der Vollmacht in Einklang zu bleiben. War es ihr unbenommen günstigere Bedingungen zu erwirken, wie es in einigen Punkten wirklich geschah, so mußte sie sich auch besugt halten, als Äquivalent dafür andere Punkte in entgegengesetztem Sinne abzuändern. Zu den günstigeren Bedingungen rechne er die gegenwärtige Auslegung des Artikel VII. der Vollmacht, welcher Dänischer Seits ursprünglich dahin interpretirt ward, daß auch die in Kopenhagen erlassenen Edikte zu den „bestehenden Gesetzen und Verordnungen“ gezählt werden sollten; ferner in gewissem Sinne auch die Verlängerung des Waffenstillstandes von drei Monaten auf sieben Monate, da im Falle eines Wiederbeginns der Feindseligkeiten diese verlängerte Zwischenzeit den Vorbereitungen für den Krieg und namentlich der Bildung einer Marine zu Gute käme. Schließlich wird die Preuß. Regierung gegen den Verdacht des Partikularismus in Schutz genommen.

Frankfurt, den 8. Sept. (71ste Sitzung der constituirenden Deutschen Reichs-Versammlung.) Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte. Nach Eröffnung der Sitzung, um 9½ Uhr Vormittags, theilt der Präsident, Herr v. Gagern, das Ergebnis der gestern stattgehabten Ergänzungswahlen für den Verfassungsausschuß mit. Als neue Mitglieder wurden erwählt: die Abgeordneten Compes, Kieffer, v. Kottenhan, Zell und Briegleb. Neue Eingänge für den Bau der Deutschen Kriegsstotte werden verlesen und die Ergänzungswahlen für den Marineauschuß auf die nächste Tagesordnung anberaumt. Eine Interpellation v. Rappards und Genossen an die vereinigten Ausschüsse zur Begutachtung der Schleswig-Holsteinischen Frage wird zur Kenntniß der Versammlung gebracht. Dieselbe ist gestützt auf einen dringenden Antrag des Landvogts Jensen in der Schleswig-Holsteinischen Nationalversammlung. Gestützt auf diese Thatsachen, stellen von Rappard und Genossen an den vereinigten Ausschuß die Frage: ob derselbe sofort und spätestens bis morgen seinen Bericht über die Schleswig-Holsteinische Frage erstatten und zur Debatte zu bringen bereit sei. Zachariä erklärt als zweiter Vorsitzender der vereinigten Ausschüsse, daß die Interpellation Thatsachen enthalte, welche der Commission unbekannt seien. Zur Berathung über diese Frage sei alles Mögliche geschehen, und zur Prüfung der Aktenstücke ein engerer Ausschuß ernannt worden. Der Aktendruck werde erst heute Abend beendet, weshalb die Ausschüsse sich vorläufig mit der Entschädigungsfrage beschäftigt hätten. Die Berathung über die Hauptfrage hänge von dem Vorhandensein des betreffenden Materials ab. Heckscher versichert wiederholt, daß die Papiere mit möglichster Schnelligkeit zum Drucke befördert worden seien; so weit sie beendet, befänden sie sich in den Händen der Ausschüsse. v. Rappard habe die Vorgänge in Schleswig-Holstein geschildert. Er (der Redner) wolle der Versammlung eine andere Frage ans Herz legen: „Was wird geschehen, wenn die Reichsversammlung den Waffenstillstand verwirft? Schem Sie auf die Anträge nicht ein, die einen vorschnellen Beschluß anrathen.“ Der Präsident erinnert, daß eine Auskunft über diesen Punkt Sache des vereinigten Ausschusses sei. Schoder beantragt, daß von dem vereinigten Ausschusse, nach heute Abend zu beendendem Druck der Aktenstücke, in einer morgen Nachmittag anzuberaumenden Sitzung definitiver Bericht über die Waffenstillstandsfrage erstattet werde. Wurm erklärt, daß er zwar von mehreren Dokumenten, die Herr M. v. Gagern ihm mitgetheilt, Einsicht genommen habe, daß jedoch gestern Abend um 5 Uhr erst drei Druckbogen ihm zugekommen seien. Zachariä hält ein Eingehen auf den Schoder'schen Antrag der Fülle des Materials wegen für unmöglich. Wigard verlangt, daß dem Bureau der Auftrag gegeben werde, die Verzögerung des Druckes der Aktenstücke zu untersuchen. Nachdem M. v. Gagern diesem Antrag Unterstützung verliehen, wird derselbe von der Versammlung zum Beschluß erhoben. Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Homburg v. d. S., den 8. Sept. Se. Durchlaucht unser regierender Landgraf Gustav, gestern Abend von einem Nervenschlag getroffen, ist heute Vormittag um 11 Uhr verschieden. Des Verstorbenen Bruder, Prinz Ferdinand, hat die Regierung unmittelbar angetreten und zu solchem Zwecke eine Proklamation erlassen.

Dresden, den 5. Septbr. In der heutigen Sitzung der II. Kammer zeigte die Registrande den Eingang des neuen Wahlgesetzes an; das Dekret ist vom 2. Septbr. datirt, vom Staatsminister Oberländer allein contrasignirt und bezeichnet die an die Stände gelangte Vorlage als „Entwürfe zu den provisorischen Gesetzen zur Wahl der Landtagsabgeordneten und einiger Abänderungen der Verfassungsurkunde.“ Als das Dekret durch den Sekretair der Kammer vorgetragen worden war, stellte der Abg. Meißel den Antrag, zur Prüfung und Berichterstattung für dasselbe eine außerordentliche Deputation zu ernennen. Nach einer längeren Debatte stellte der Präsident die Frage, ob die Kammer dem Antrage des Abg. Meißel auf Ernennung einer außerordentlichen Deputation beitreten wolle, und es wurde diese Frage bei namentlicher Abstimmung von 39 Abgeordneten mit Ja, von 27 aber mit Nein beantwortet.

Hamburg, den 5. Sept. Bis um 2 Uhr Nachts dauerten in Altona und St. Pauli die Unruhen. Das Ausrührmandat wurde verlesen. Der Volkshaß wendete sich vorzüglich gegen das Haus des See-Enrollirungschefs Schuhmacher, welcher dem Befehle der provisorischen Regierung nicht Folge leisten will und seine Absetzung durch dieselbe nicht anerkennt. Die Republik wird offen ausgerufen. Das Volk will sie und verlangt sie. Man spricht von einigen Getödteten und Verwundeten. Gestern Abend wurde vom Altan des Eisenbahnhofs in Altona der Beschluß der constituirenden Versammlung in Kiel verlesen. Er lautet ungefähr so: 1) „Die constituirende ist permanent und souverän. 2) Eine Verordnung der Landesregierung kann nur mit Zustimmung der Constituirenden stattfinden. 3) Nur die Constituirende darf die Verordnungen der provisorischen Regierung aufheben. 4) Ohne Zustimmung der Constituirenden darf kein neues Gesetz gegeben und keine Steuer aufgelegt werden. 5) Alle Steuern bestehen bis zum 31. December fort. 6) Die provisorische Regierung hat diese Beschlüsse sogleich zu veröffentlichen. 7) Der Reichs-

verweser erhält sogleich Kunde davon. — Während der Nacht, gleich nach dem Schluß der ersten Versammlung, ist eine Deputation von Seiten der constituirenden Versammlung nach Frankfurt abgereist. — Graf Moltke befindet sich in Heiligenstadt; man hätte Niemand wählen können, der den Herzogthümern verhaßter ist. Auch haben die übrigen als künftige Regierungsmitglieder designirten Personen bereits erklärt, daß sie mit ihm nicht zusammen dienen werden. Noch ehe die Waffenstillstandsbedingungen bekannt wurden, war die Aufregung sehr bedeutend; jetzt aber überschreitet sie alte Grenzen. Die Kieler Regimenter haben sich geweigert, den Befehlen der Preussischen Offiziere zu gehorchen, und entfernen sich nicht aus der Stadt.

Kiel, den 6. Sept. Die Landes-Versammlung blieb gestern Abend bis gegen 12 Uhr beisammen, um die Fassung der Eingaben an die National-Versammlung und den Reichsverweser zu berathen, welche noch heute Morgen mit dem ersten Zuge nach Frankfurt abgegangen sind. In die beiden ersten ist die Schmähe der Waffenstillstandsbedingungen, und die Art und Weise, wie Dänemark dieselben zur Ausführung bringt, geschildert, und auf die Bestrebungen der Preussischen Regierung hingewiesen. „Müßte das Deutsche Volk, ein Volk von 45 Millionen, so dem Einflusse fremder Mächte nachgeben, so wäre die Größe, Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands nichts als ein Gaukelspiel unpraktischer Schwärmer.“ Dabei sind die großen Opfer, welche Deutschland in dieser Sache uns und sich selbst gebracht hat, nicht verkannt. Gebeten wird, die hohe National-Versammlung wolle der Waffenstillstands-Convention ihre Genehmigung versagen. Der Eingabe an die Centralgewalt ist die erstgenannte Eingabe angeschlossen, und dann die Hoffnung ausgesprochen, daß die Centralgewalt die Waffenstillstands-Bedingungen der National-Versammlung nicht empfehlen werde, weil sie unausführbar seien, widrigenfalls wird gebeten, die in der Eingabe an die National-Versammlung enthaltenen Gründe in Erwägung zu ziehen. Bei der Verhandlung wurde mehrseitig hervorgehoben, wie namentlich der Art. 7. völlig unausführbar sei. Graf Reventlow-Jersbeck sagte bei dieser Gelegenheit, er sehe es für ein Glück an, daß Graf Moltke ernannt sei, weil durch diese Ernennung klar und unbestritten dargelegt sei, was Dänemark wolle. Graf Moltke wird jetzt wohl schon über die Grenze sein; sicherem Vernehmen nach hat derselbe von seiner „Unmöglichkeit“ gar keine Ahnung gehabt, und sich vielmehr als eine „vermittelnde“ Persönlichkeit betrachtet. Der Dänische Commissair v. Neeb, sonst ein ganz kluger Mann, hat bei dieser Ueberraschung den Kopf verloren. Es ist gerade, als ob man in dem letzten halben Jahre auf der Insel Seeland von dem großen Umschwunge in der ganzen Welt völlig unberührt geblieben wäre. Der Hofmarschall von Lewkow, welcher bereits gekommen war, um das Plöner Schloß zum Sitze der neuen Regierung einzurichten, ist in Plön von dem Bürgermeister in Verwahrsam gebracht worden, um der Wuth des Pöbels entzogen zu werden.

Kiel, den 9. Sept. Gestern hat Herr v. Below (welcher sich mit dem Kammerherrn v. Neeb in Schleswig befindet) an die Herren D. A. S. nach Preussen, Graf Reventlow zu Jersbeck, Baron v. Heinze und Landvogt Woyfen die Aufforderung erlassen, die neue Regierung Schleswig-Holsteins mit der Befugniß zu bilden, sich selbst ein fünftes Mitglied als Präsidenten wählen zu können. Natürlich ist auch dieses Ansuchen abgelehnt, in Folge der Beschlüsse der Landesversammlung vom 4. Sept. — Das Staatsgrundgesetz ist von der Landesversammlung berathen und angenommen. Heute erwartet man die Genehmigung desselben durch die prov. Regierung. Die Hauptpunkte desselben sind: Suspensives Veto in allen Fällen, der Herzog mag Regent eines anderen Landes sein oder nicht; Einkammerz-Styem und ein eigenthümliches Wahlgesetz. Von 100 Abgeordneten werden 50 ohne Beschränkung direkt durch das gesammte Volk gewählt. Von den übrigen 50 wählen die Landbesitzer, welche einen Besitz von 600 Rthlr. Steuerwerth oder 150 Rthlr. jährliche Einnahme haben, 20, in derselben Weise die Städte 20, und endlich die Besitzer von Grundstücken von mehr als 30,000 Rthlr. Steuerwerth 10. Auf diese Weise hat eine große Anzahl der Staatsbürger Gelegenheit, zwei Mal zu wählen.

Dem Schreiben der Landesversammlung an die Nationalversammlung entnehmen wir einige der hervorragenden Stellen: In ganz Schleswig-Holstein herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß ein Theil der vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen entweder unausführbar ist oder doch deren Vollziehung die bedenklichsten Folgen haben würde. Der 7. Artikel enthält die allerreactionärsten Bestimmungen. Darnach sollen nämlich alle seit dem 17. März 1848 für die Herzogthümer erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungs-Maßregeln aufgehoben werden. Es ist aber erst von der provisorischen Regierung völlige Pressefreiheit, so wie das Recht der freien Vereine und Volksversammlungen eingeführt, die Jagdsteuer auf eigenem Boden gestattet, die Kopfsteuer und eine andere die ärmsten Volksklassen drückende Steuer, die sogenannte Justengeld, aufgehoben. Mit dem größten Jubel hat das Schleswig-Holsteinische Volk diese von der provisorischen Regierung erlassenen und von der Ständeversammlung genehmigten Gesetze begrüßt. Der Gedanke, daß diese Gesetze während die hohe Nationalversammlung in den Grundrechten dem Deutschen Volke die ausgedehntesten Freiheiten gewährt, wieder aufgehoben und dagegen in die Herzogthümer ein absolutes Regiment eingeführt werden soll, erregt bei den Schleswig-Holsteinern unvermeidlich die allertiefste Entrüstung. Sie würden sich selbst der Genossenschaft des freien Deutschlands unwürdig erachten, wenn ihr Freiheitsstirn über solche Bedingungen nicht empört wäre. Die constituirende Schleswig-Holsteinische Landesversammlung, zum Schutz des Schleswig-Holsteinischen Volkes gegen absolute Willkürherrschaft berufen, hat es in dem in der Anlage No. 2. enthaltenen Beschlusse ausgesprochen, daß ohne ihre Zustimmung die von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze weder verändert noch aufgehoben werden können. Da die Deutsche Bundesversammlung die provisorische Regierung anerkannt und einem von derselben ernannten Bevollmächtigten in ihrem Schooße Sitz und Stimme ertheilt hat, so sind dadurch die Deutschen Staatsgewalten gebunden, die von der provisorischen Regierung erlassenen und von der Landesvertretung des Schleswig-Holsteinischen Volkes genehmigten Gesetze für gültig zu erklären. Die hohe Nationalversammlung wird deshalb schon aus diesem Grunde, wie wir zuversichtlich vertrauen, diesen una-

fern Beschluß aufrecht erhalten. — Die Annullirung der von der provisorischen Regierung erlassenen Anordnungen würde zu den bedenklichsten Folgefällen führen. Von denselben sind z. B. die Wahlen in Schleswig-Holstein für die Deutsche Reichsversammlung angeordnet. Diese Anordnung wird durch den in den Waffenstillstandsvertrag aufgenommenen Grundsatz annullirt. Zieht man hiervon die Konsequenzen scharf und streng, so greift diese Bestimmung selbst die von den Schleswig-Holsteinern mitgeschaffene Centralgewalt an, denn zwei Holstein-Abgeordnete haben das Gesetz über die Centralgewalt im Ausschusse mit vorbereitet, alle Schleswig-Holsteinischen Abgeordneten haben für die Annahme dieses Gesetzes gestimmt und alle haben den Reichsverweser erwählt. Ja, selbst die Vollmacht, welche der Preussischen Krone von der Bundesversammlung zur Vereinbarung eines Waffenstillstandes mit Dänemark erteilt ist, hat der von der provisorischen Regierung ernannte Bundestagsgesandte mit verliehen. Ist nun diese Ernennung der provisorischen Regierung nichtig, welche rechtliche Wirkung hat dann die von der Deutschen Bundesversammlung an die Preussische Krone erteilte Vollmacht, auf deren Grund doch der im Namen des Deutschen Bundes abgeschlossene Vertrag, welcher der Centralgewalt gar nicht erwähnt, allein abgeschlossen zu sein scheint.

Die Preussische und die Dänische Krone haben sich über den Grafen C. v. Moltke als Präsidenten der neuen Regierung vereinbart. Das Andenken an den Fürsten Metternich und sein System ist aber in Oesterreich und im ganzen Deutschland gewiß nicht verhasster, als die Erinnerung an das Regiment, welches Carl v. Moltke als Kanzlerpräsident durch v. Scheel in den Herzogthümern ausgeübt hat. Als in den Herzogthümern, um das System des offenen Briefes Königs Christian VIII. mit Gewalt durchzusetzen, die Presse auf das schmächtigste geknechtet wurde und der härteste Polizeidruck auf dem Lande lastete, war Carl v. Moltke, ein leidenschaftlicher Anhänger des Absolutismus, an der Spitze der Verwaltung der Herzogthümer, war derselbe der eifrigste Beförderer der Dänischen Staatseinheits-Bestrebungen. Wenn es Dänemark gelänge, 2 Männer zu finden, welche mit dem Grafen Carl v. Moltke eine gemeinschaftliche Regierung bilden möchten, so würden dies gewiß nur solche Männer sein, welche dem System dieses Mannes sich fügten, und so würden daher die 2 von der Preussischen Krone erwählten Männer nothwendig in allen wichtigen Angelegenheiten stets in der Minorität bleiben müssen, so würde mithin der strengste Absolutismus und eine in ihrer Mehrheit Dänischen Interessen dienbare Regierung in die Herzogthümer wieder eingeführt werden. Wir sind zwar vollkommen sicher, daß die Preussische und die Dänische Krone in den Herzogthümern keine 4 „notable“ Männer finden werden, „welche allgemeine Achtung und Ansehen genießen,“ und gleichwohl mit dem Grafen Carl v. Moltke gemeinschaftlich die Herzogthümer werden regieren wollen. Die Erfahrung hat dies bereits bestätigt, indem die 4 erwählten Männer die angebotene Theilnahme an der Regierung abgelehnt haben. Jeder fernere Versuch auf demselben Wege wird dasselbe vergebliche Resultat haben. Am Schlusse heißt es: Wir verkennen nicht die Verwicklungen und Schwierigkeiten, welche eine Nichtgenehmigung der vorgedachten Waffenstillstandsbedingungen zur Folge haben kann. Allein dieselben greifen zu tief in die inneren Angelegenheiten des gesammten deutschen Vaterlandes und eines Theils desselben ein, als daß andere Rücksichten, als die auf die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands zu entscheiden vermöchten. Müßte das Deutsche Volk, ein Volk von 45 Millionen, in solcher Weise, wie das in dem mehrgedachten Waffenstillstandsvertrage geschehen ist, den Einflüssen fremder Mächte in seine inneren Angelegenheiten nachgeben, so wäre die Größe, Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands ein eitles Gaukelspiel unpraktischer Schwärmer. Da nach dem Gesetze über die Centralgewalt der vorgedachte Vertrag mit einer fremden Macht ohne das Einverständnis der hohen Nationalversammlung unzulässig ist, selbst wenn die Zustimmung der Centralgewalt wider Erwarten erfolgt sein sollte: so dürfen wir der zuversichtlichen Hoffnung leben, daß eine hohe Nationalversammlung dem mehrgedachten Vertrage die Genehmigung versagen wird.“

Kend sburg, den 5. Sept. Die Waffenstillstands-Bedingungen haben bereits jetzt zu einem bedauerlichen Vorfalle dahier Veranlassung gegeben. Am 3. d., als am Tage vor dem Wiederzusammentritte der Stände-Versammlung, hatte sich hier das Gerücht verbreitet, veranlaßt durch einige auswärtige Personen, daß das hier garnisonirende schleswig-holsteinische Militär nach der Festung Friedrichs-ort geschafft und dort eingesperrt werden und daß Preussische Truppen sie ersetzen sollten, damit die konstituierende Versammlung ohne Schutz und es daher leichter möglich sei, eine Ausführung der Waffenstillstands-Bedingungen ohne Schwierigkeit zu bewerkstelligen. So unglücklich nun auch ein solches Gerücht klingen mag, so gewann es bei den Soldaten des 5. Bataillons am folgenden Tage doch um so mehr Glauben, als am Morgen der Befehl an dieses Bataillon erging, mit vollem Gepäc auszumarschiren. Nun sollen nach Aussage einiger die Soldaten sich geweigert haben, diesem Befehle Folge zu leisten, nach der Meinung Anderer jedoch sollen Bürger die Soldaten an der Ausführung des Befehls gehindert haben. Mit Gewißheit können wir nicht behaupten, an wem die Schuld zur Veranlassung der Insubordination gelegen. Uebrigens sind heute bereits zwei von jeder Compagnie Delegirte nach Kendsburg gereiset, um die Offiziere, welche sich dorthin begeben haben, um Verzeihung zu bitten.

Von der Sider, den 4. September. Heute Morgen um 10½ Uhr begann die Sitzung unserer Ständerversammlung. Der Präsident Bergen eröffnete sie mit einer kurzen, aber gehaltreichen Rede, und theilte dann 6 Aktenstücke mit, den Entwurf des ersten Waffenstillstandes von Bellevue, zwei Schreiben des Deutschen Reichsministers und des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen, des Herrn v. Gagern, welche die Vertagung der Schleswig-Holstein'schen Stände wünschten, und durch welche dieselbe wesentlich veranlaßt ward, dann den Waffenstillstand vom 26. August, den Sie jetzt kennen werden, nebst einer Beilage, einzelne Punkte enthaltend, und endlich ein Schreiben des Herrn v. Auerswald an die provisorische Regierung, durch welches der Minister den Waffenstillstand als einen sehr günstigen darstellt. Der Punkt, der die Versammlung und das Volk am Tiefsten ergriff, war der Art. 7. des Waffenstillstandes, nach welchem alle Gesetze und Verordnungen seit dem 24. März, so wie die provisorische Regie-

rung selber, aufgehoben werden sollen. Ich weiß nicht, was man sich unter einem Volke gedacht hat, das sich so etwas gefallen lassen würde; das aber weiß ich, daß eine sehr große Unkenntniß unserer Verhältnisse dazu gehörte, um zu glauben, daß solche Bedingungen hier angenommen werden könnten. Die Verlesung jener Aktenstücke hatte kaum geendet, als der Landvogt Jensen von Sylt, der Himath Kornsens, seinen Antrag einbrachte, den ich Ihnen, seiner hohen Wichtigkeit wegen, wörtlich mittheilen muß. Er lautet: Die Versammlung eingedenk ihrer Pflicht, die unveräußerlichen Rechte des Schleswig-Holsteinischen Volkes zu wahren, und Angesichts der Ereignisse, das Land vor drohender Anarchie zu schützen, beschließt: 1) die konstituierende Landesversammlung kann wider ihren Willen weder aufgelöst, noch vertagt werden; 2) jede Veränderung in der bestehenden Landes-Regierung bedarf der Zustimmung der Landesversammlung; 3) alle seit dem 24. März 1848 von der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins erlassenen Gesetze, können nur mit Zustimmung der Landesversammlung verändert oder aufgehoben werden; 4) ohne Zustimmung der Landesversammlung kann kein neues Gesetz erlassen und keine Steuern neu auferlegt werden; 5) alle bestehenden Steuern und Abgaben, so wie andere Staatseinkünfte werden bis zum 31. Decbr. 1848 von den durch die Bundesversammlung anerkannten Landesbehörden fortgehoben. — Dieser Antrag ward ohne Diskussion mit namentlicher Abstimmung einstimmig von den anwesenden 101 Abgeordneten angenommen. Darauf ward angenommen: der Antrag Olschhausens, daß die Versammlung die sofortige Abfassung und Absendung einer Eingabe mit den Gründen, weshalb der Waffenstillstand durch seine Bedingungen ein unmögliches sei, an die Reichsgewalt und an die National-Versammlung beschleße; und endlich der Antrag Jensen's, daß unverzüglich durch das Bureau der Stände der angenommene Antrag dem Reichsverweser und der National-Versammlung notificirt werde. Somit ist der entscheidende Schritt geschehen; was diese Beschlüsse bedeuten, werden Sie begreifen; ich brauche darüber nichts zu sagen; wir werden noch genug darüber erfahren! Unser Land ist jenseit des Rubikon.

Von der Sider, den 8. September wird die Nachricht mitgetheilt, daß die Schleswig-Holsteinische konstituierende Versammlung ihr erstes und Hauptwerk beendet, und die Annahme der Schleswig-Holsteinischen Verfassung erledigt hat. Morgen wird dieselbe von der provisorischen Regierung angenommen, und bereits morgen gleichfalls publicirt werden. Unsere Verfassung ist damit Thatsache. Ich behalte mir vor, genauer zu berichten. Die Versammlung hat gestern von 10 Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachts gearbeitet. In Beziehung auf die Diplomatie bemerke ich heute nur, daß die Untheilbarkeit Schleswig-Holsteins und sein Angehören an Deutschland, so wie das bloße suspensive Veto des Herzogs angenommen ist. Ist der Herzog Fürst eines fremden Staats, so setzt er einen Statthalter, für den die Landesversammlung drei Deutsche Fürsten vorschlägt, ein, dem der Herzog keine Instruktionen geben kann.

Triest, den 1. September. Noch immer wissen wir nicht ob Albini Venedig verlassen werde. Seine Ausflüchte deuten darauf hin, daß er mindestens seine Abfahrt so lange als möglich hinauszuschieben suchen werde, und in vollkommenem Einverständnis mit den Venetianern, wenn nicht mit Karl Albert, oder am Ende wohl gar mit den Franzosen handle. Ob Karl Albert unter der Decke stecke, wird sich binnen einigen Tagen zeigen müssen, denn gestern fertigte Feldmarschall-Lieutenant Ghulai einen Courier ab, der wohl mit der definitiven Weisung an Albini, sich zu erklären, bald zurückkommen dürfte. Die vielen Familien welche aus Venedig entflohen sind, entwerfen ein trauriges Bild von dem dort herrschenden Terrorismus; niemand ist wohl seines Eigenthums sicher, was man an Silber, Gold und Geldeswerth weggenommen. Die Bürger sind großentheils müde dieses Zustandes, und sehnen sich nach dem Augenblicke der Befreiung durch die Oesterreicher. In Croatien und Slavonien rüftet sich alles zum Kriege, und man hörte dort schon die Hoffnung aussprechen, binnen drei Wochen den Einzug in Pesth halten, und dort den Croatischen Reichstag eröffnen zu können. Der Uebergang über die Drave dürfte dieser Tage erfolgen.

Pesth, den 31. August. In unserem Süden, in dieser üppigen Kornkammer Ungarns, entwickelt sich ein furchtbares Trauerspiel. Versetzen Sie sich in die wildesten Zeiten des dreißigjährigen Krieges: nicht minder gräßlich ist dieser Kampf. Es ist fruchtlos, Ihnen Einzelnes davon zu berichten, es giebt dort keine Schlachten, keine strategisch geleiteten Unternehmungen; eben in dem Regellofen, überall Vereinzelten und eben deshalb Vernichtenderen, liegt der Charakter dieses Kampfes. Aber nun scheint auch für Jellachich die Stunde des Kampfes geschlagen zu haben und dann beginnt ein Krieg, kein bloßes Würgen. Wenn der Banus den Schlachtruf erhebt, dann erhebt sich die Grenze wie ein Mann von dem Meere bis in die Siebenbürgischen Berge, und dann, lebe wohl — Herrscheiß der Magyaren! Denn, daß die Südslaven den unzuverlässigen Truppen Ungarns überlegen sind, daran, glaube ich, zweifelt auch Kossuth und Mészáros nicht. Schon rückt an die Drave Bataillon auf Bataillon und die Drave ist unser Rubikon.

Croatien. Der 5. September ist zum Beginne der Feindseligkeiten der Kroaten gegen die Ungarn definitiv bestimmt, wenn bis dahin vom ungarischen Ministerium keine Antwort auf das letzte Schreiben des Banus erfolgt.

— Der Palatin Erzherzog Stephan wird sichern Nachrichten zu Folge Wien, wo er sich jetzt befindet, nicht früher verlassen, als bis die ungarisch-kroatischen Wirren gelöst sind.

Fiume, den 4. September. Der Hofrath von Busan, Bevollmächtigter des Banus wird morgen erwartet. Von Carlstadt bis Warasdin sind fast alle Fuhrwerke für den Transport der Croatischen Freischärler und Szerezaner re-

quiriert worden, und dem Vernehmen nach wird Sonntag der Angriff an verschiedenen Punkten erfolgen. Es ist gleich Fiume von den Croaten besetzt worden. Die Gesamtarmee des Banus wird mit Einschluß der Serben auf mehr als 160,000 Mann geschätzt.

Szaska im Banat, den 27. August. Fast an der südlichsten Spitze des Banates, auf Ungarischem Staatsgebiete und nahe an der Militärgrenze liegt der Bergort Neu-Moldowa, von einer fleißigen und betriebsamen Deutschen und Walachischen Einwohnerschaft bewohnt. Dieser Ort ward Anfangs dieser Woche von etwa 700 aus den Serbischen Distrikten von Milanovacz, Dobra und Gadietje eingebrungenen und von den Gründern in Alt-Moldowa, Posseschena etc. verstärkten Serben angegriffen. Die zum Schutze des Bergwerkes und des dortigen Staatsgutes aufgestellte Besatzung von 110 Mann Nationalgarden warf den ersten Angriff zurück, tödtete den Capitain, eroberte eine Fahne und vertrieb die Serben ins Gebirge, mußte aber einem zweiten verstärkten Angriffe weichen, und sich sammt den mit Rücklassung aller ihrer Habe flüchtenden Einwohnern auf Szaska zurückziehen. Alsobald begannen die Serben mit einer allgemeinen Plünderung, mit einer allgemeinen Treibjagd auf die Zurückgebliebenen und deren Abschachtung, dann mit Brandlegung. Von Haus zu Haus gingen diese Wüthende mit Kienfackeln, erbrachen die Kirchen, verunreinigten die Gefäße und trieben Spott mit dem Heiligen. — Ganz Moldowa ging in Flammen auf, 5000 Menschen waren verbrannt, und was jahrelanger Fleiß erworben, ward eine Beute der Räuber. Die Schmelzhütten, welche jährlich an 2000 Ctr. Kupfer erzeugen, wurden zerstört, und der Staat allein verlor an diesem Orte einen Werth von mehr als 150,000 Fl. C.-M. Grausamkeiten ohne Zahl wurden verübt, auf Menschen Jagd gemacht wie auf Hasen, und ein Arbeiter, welcher durch einen Kugelschuß am Fuße an der Flucht verhindert wurde, gefangen, entkleidet, in Heu gelegt und verbrannt, während ihm zugleich von seinen unmenschlichen Peinigern der Bauch und das Rippenfleisch aufgeschlitzt wurde. — Noch ein Paar Worte über Weißkirchen. Seit dem letzten Angriffe finden täglich neue Angriffe auf diesen unglückseligen Ort, täglich neue Versuche zur Brandlegung statt; die Verbindung mit der Umgebung ist unterbrochen und hinter jedem Strauch, aus jedem Graben drohen die Kugeln der Mordhämmer; nur mit Gewalt ist der Eingang in größeren Häusern zu erzwingen, und selbst der Uhlanen-Oberst Blomberg konnte nur mit Gewalt nach Weißkirchen mit seiner Truppe gelangen, nachdem auch hier ein paar Uhlanen gefallen waren, obgleich doch diese Truppe seit lange auf höheren Befehl dem Kampfe unthätig zusieht, und die Abschachtung Wehrloser, das freie Walten fremder Nordbrenner unter ihren Augen dulden muß. Zum Glück empfing Weißkirchen in dieser Woche eine Verstärkung von 600 Mann Ungarischer Mobilgarden, tüchtiger, waffengeübter und mutiger junger Leute, welche gleich den ersten Tag ihrer Ankunft mit einer Waffenthat bezeichneten, indem 50 Mann derselben einen Haufen von 400 Serben mit blankem Bajonett angriffen, ihm 8 Mann tödteten, in die Flucht jagten und ihm eine neue mit „Wien“ bezeichnete 3pfündige Kanone abnahmen. Kein Tag vergeht, an dem Weißkirchen nicht angegriffen wird; dahingegen sind alle außerhalb der Stadt liegenden Weißkirchner Mühlen niedergebrannt, und der Ort ist von Mangel bedroht. Vorgestern machten die Insurgenten Friedensanträge, widrigenfalls sie schwören, Weißkirchen gänzlich zu vertilgen; diese Friedensanträge sind: Ablieferung der Waffen, Auslieferung von so viel Weißkirchner Bürgern als Serben gefallen sind, um diese zu massaciren;* Contribution von 20,000 Fl. C.-M. und Stellung von Weibern und 600 Mann zum Kampfe gegen Ungarn!

U n g a r n.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 8. September. Der *Moniteur* enthält heute 22 Ernennungen von Schiff-Capitainen und Lieutenants der Kriegsmarine.

— Cavaignac, durch die ewige Oppositionsuchtelei einiger Collegen gekränkt, soll fest entschlossen sein, sich der beiden Republikaner Senard und Marie um jeden Preis zu entledigen. — Das Elend steigt mit jedem Tage höher. Da der Staat die Armen von sich stößt, so wendet sich die hungrige Masse an das Privatmitleid. Jeden Nachmittag strömen starke Haufen in die Nähe der Kasernen, aus deren Fenstern Brodstücke und sonstige Ueberbleibsel unter die Hungrigen geworfen werden, die sich darum schlagen. Wir waren gestern Augenzeugen einer solchen Hungerräuferei vor der Dragonercaserne am Quai d'Orsay. Dies geschieht wenige Schritte von der Nationalversammlung. — In Tours wird Unfug getrieben mit einem nervenkranken Frauenzimmer, das als Seherin die nahe Ankunft des Herzogs von Bordeaux unter dem Titel Henri V. und dann den Untergang des rucklosen Paris durch Schwefel und Pech prophezeit.

— Die „*Röln. Ztg.*“ schreibt aus Paris: „Unverkennbar ist die äußere Politik, die man jetzt hier befolgt, himmelweit von der entfernt, die unmittelbar nach der Februar-Revolution verkündigt ward. Jetzt ist gewiß, daß Frankreich wieder seine alte traditionelle Politik aufgenommen hat. Diese schnelle Rückkehr stellte sich sofort heraus, als Frankreich in Italien für die Nationalität und gegen die Verträge, in Schleswig aber gegen die Nationalität und für die Verträge (wie man sie hier zu deuten Interesse hatte) austrat. Noch unverkennbarer und bestimmter stellt sich die Rückkehr zur Politik Ludwigs XIV. und Napoleons her-

aus in dem Verfahren gegen das Deutsche Reich. General Cavaignac wird Hr. v. Rauter nicht empfangen, weil hierin eine Anerkennung des Reichsverwesers läge, die Regierung aber den Reichsverweser nicht eher anerkennen beschloßen hat, als bis Rußland und England ihn werden anerkannt haben. Das revolutionaire Frankreich will also von der Revolution in Deutschland, so weit sie zur Kräftigung, zur Einheit, zur Größe Deutschlands führen könnte, nichts wissen; die Republik wartet, bis Nikolaus ihr erlaubt, das wichtigste politische Ereigniß der Revolution in Deutschland anzuerkennen; Frankreich zieht heute wie von jeher vor, mit einigen dreißig Fürsten statt mit Einem zu unterhandeln. Im Falle eines Krieges hofft man, einen Theil der Fürsten von Deutschland abtrünnig zu machen, ihre Neutralität oder gar ihren offenen Verrath zu Gunsten Frankreichs zu gewinnen. Frankreich, das von der Macht der neuen Zeit fortwährend spricht, glaubt nicht an die neue Zeit in Deutschland, die einen Rheinbund oder sonst etwas dergleichen ein für allemal unmöglich gemacht hat.“

— Wie gestern auf der Börse war heute in den Coullissen der Kammer das Gerücht verbreitet, Oesterreich habe die angebotene Vermittelung Frankreichs und Englands angenommen. Man setzte hinzu, General Cavaignac selbst habe diese Nachricht einigen Deputirten mitgetheilt. — Die Regierung soll durch telegraphische Depeschen die Nachricht von Gementen in mehreren Städten des Südens in Folge der Steuererhebung der 45 Cents erhalten haben. — Das Comité des Innern hat sich für den Antrag des Hr. Laussedat ausgesprochen und wird der Kammer vorschlagen, eine Commission aus 18 Mitgliedern zu ernennen, welche die Papiere der entthronten Königl. Familie zu ordnen und das Inventarium derselben zu beaufsichtigen hat. Hr. Vefranc ist zum Berichterstatter dieses Beschlusses ernannt.

G r o ß b r i t a n n i e n u n d I r l a n d.

London, den 5. September. Die diesjährige Parlamentssession wurde, nachdem beide Häuser im weiteren Verlaufe ihrer gestrigen Sitzung ihre Geschäfte beendigt hatten, heute von der Königin im Oberhause, wo sie mit dem üblichen Ceremoniel empfangen ward, geschlossen.

— Aus der Daviestraße ist durch einen Amerikanischen Walfischfahrer die Nachricht nach Aberdeen gelangt, daß die zwei Schiffe der Nordpol-Expedition unter Sir John Ross, „Investigator“ und „Enterprise“, am 2. Juli im Hafen von Eively auf der Insel Disco angelangt waren und dem Dänischen Gouverneur Depeschen übergeben hatten, um sie mit erster Gelegenheit nach Europa zu befördern. Die Expedition war hierauf zur Auffuchung der Schiffe des Sir John Franklin weiter gesegelt. Die Mannschaft befand sich wohl.

London, den 6. Sept. Nach Schließung des Parlaments schiffte sich gestern die Königin mit ihrem Gemahl und Gefolge zu Woolwich am Bord des Dampf-Yacht „Victoria und Albert“, in Begleitung von vier anderen Dampfschiffen, nach Schottland ein. Tags zuvor hatte sie noch in feierlicher Audienz den Baron Andrian empfangen, welcher ihr ein Schreiben des Erzherzogs Johann von Oesterreich zu überreichen beauftragt war. Das Hof-Bulletin bezeichnet, indem es über die Audienz berichtet, Andrian nicht als Vertreter des Reichsverwesers.

— Die Londoner Presse beschäftigt sich viel mit Louis Blanc, dessen theoretische Talente wenigstens sie, ungeachtet ihrer Polemik, höher anzuschlagen scheint als in letzter Zeit die Pariser Presse. Die *Times* es setzt diesem Flüchtling die Herrlichkeiten der Stadt London des breitem auseinander, und bemerkt: er werde nun Gelegenheit haben, sich durch den Augenschein zu überzeugen, um wieviel „la plus exécrationnelle tyrannie qui ait jamais existé“ — so hat Louis Blanc die britische Verfassung genannt — besser sei als die Französische Musterverfassung, an deren Schöpfung er selbst mitgeholfen. Das *Chronicle* findet Louis Blancs Flucht aus Paris einigermaßen feig und deren Umstände halb komisch. Der kleine Held der rothen Republik, meint das Blatt, sei jedenfalls nicht aus dem Metall des riesigen Danton geschmiedet, der den Tod im Angesicht von Frankreichs Boden nicht fliehen wollte, sondern sagte: „Man kann sein Vaterland nicht an den Schuhsohlen mitnehmen.“ Drollig sei es namentlich, was der *Messager de Gand* erzählt, daß der Flüchtling in Gent, während er auf den Eisenbahnzug wartete, sich Alex. Dumas' Monte-Christo aus der Leib-Bibliothek holen ließ; da habe er allerdings die analoge Geschichte eines Helden gefunden, die so fabelhaft, wie seine eigene „Organisation der Arbeit“, sei.

B e l g i e n.

Brüssel, den 30. August. Nach achtzehntägigen Debatten hat endlich der Aßsenhof zu Antwerpen sein Urtheil in der Sache des bewaffneten Angriffs bei Misquons-tout, dessen Zweck der gewaltsame Umsturz der bestehenden Regierung war, gefällt. Sechszehn Theilnehmer an diesem Angriff sind zum Tode verurtheilt, die andern Verhafteten alle freigesprochen. Die Strenge dieses richterlichen Spruches beweist daß weder Geschworne noch Richter in Belgien solche politische Verbrechen mit sträflicher Nachsicht zu behandeln gesonnen sind. Ein bemerkenswerther Zug bei diesen wichtigen Verhandlungen war die tiefe, ungestörte Ruhe, die fortwährend in Antwerpen während derselben geherrscht. Alle Versuche auf die untern Classen aufregend zu wirken sind fehlgeschlagen. Im Gerichtssaal waltete immer die größte Ordnung, und draußen häufte sich nie eine drohende Menge an. Pariser Stenographen, die herübergekommen, um den Debatten beizuwohnen, gaben ihre Bewunderung hierüber zu erkennen; sie hatten sich Belgien unter monarchischem Druck geknechtet gedacht; sie fanden ein freies, seine Institutionen liebendes Volk, das eben auch durch seine Achtung vor dem Geseze sich seiner Freiheit würdig beweist. Sie mußten gestehen daß es hier besser sei als bei ihnen.

(Mit zwei Beilagen.)

* Bei dem Hauptangriff am 19ten blieben 43 Weißkirchner Garden und Bürger todt; 173 Serben wurden erschossen gefunden, obgleich während des Angriffes die Todten und Verwundeten ununterbrochen fortgeführt wurden und die Gesamtzahl derselben deshalb unbekannt ist.

Brüssel, den 2. September. Den Ausfall des politischen Processes zu Antwerpen hatte die Indépendance nach einer telegraphischen Depesche mitgetheilt, die nicht ganz genau war. General Mellinet ist ebenfalls für schuldig erklärt und zum Tode verurtheilt worden, nachdem der Assisenhof sich der Majorität der Geschworenen angeschlossen hatte. Als das Todes-Urtheil verlesen wurde, ließen einige der Angeklagten die Republik hoch leben. Niemand glaubt übrigens an die Vollziehung der Strafe, sondern man ist der Meinung, die Verurtheilten würden wahrscheinlich in einer Festung gefangen gehalten werden, bis die Verhältnisse ihre Begnadigung thunlich machen.

Schw e i z.

Basel, den 5. September. Die neue Bundesverfassung ist von 15 $\frac{1}{2}$ Ständen, mit beinahe 2 Mill. Seelen, angenommen worden, also von der überwiegenden Mehrheit. — Am 4. Sept. hielt die Tagsatzung wieder ihre erste Sitzung. — Sonnabend waren die Herren v. Jzstein, Jiz, Titus, Trütschler und G. Metternich aus Mainz zum Besuch bei ihrem Freunde Hecker hier. Am 4. kehrten sie von ihrem Besuch zurück und gingen sogleich nach Frankfurt ab.

I t a l i e n.

Rom, den 28. August. Die Französischen Truppen, welche sicherem Vernehmen nach von hier aus verlangt worden sind, wollen noch nicht erscheinen, und man hat es daher nicht wagen können, die Römische Legion aufzulösen, sondern man hat sich genöthigt gesehen, sie nach Ancona zu beordern, wo ihr ein Theil des Garnisondienstes übertragen werden soll. — Briefe aus Bologna schildern die dortigen Zustände schreckhaft. Kein Besitzender ist seiner Habe sicher, und die Unordnungen häufen sich, statt sich zu mindern. — Alle Anseindungen, die Pius IX. zu erleiden hat, halten den Vergleich nicht aus mit denen, welche ihm die jesuitische Partei bereitet, die rund heraus erklärt, daß alles Uebel, was über Italien gekommen sei, in ihm seine einzige Quelle zu suchen habe.

Aus Oberitalien, den 28. August. Es heißt, der König von Neapel wolle sein vollkommen ausgerüstetes Heer und seine Flotte zur Verfügung der italienischen Sache stellen, wenn man ihm den ungestörten Besitz Siciliens und einiger Länder diesseits des Faro, die an seine Staaten angrenzen, gewährleiste. Ob an der Sache etwas Wahres ist, weiß ich nicht; aber bemerkenswerth erscheint es jedenfalls, daß viele Italiener darin einen Hoffnungsanker erblicken, nach Ablauf des Waffenstillstandes den Krieg gegen Oesterreich von neuem zu beginnen.

(Karlsru. Ztg.)

Mailand, den 3. September. Ein Dekret des — mit Deutschen Waffen! — siegreich in seine Staaten zurückgeführten Franz V. von Modena weist die Gerichtshöfe jetzt an, sechs Kategorien von Schuldigen zur Strafe zu ziehen, welche er alle von der allgemeinen Amnestie ausgenommen wissen will, z. B. 1) alle Wähler und Diejenigen, welche sich an den verschiedenen provisorischen Regierungen betheilig haben; 2) Alle, welche die Verbindung der estischen Staaten mit Piemont proklamirt, oder der Sardinischen Regierung überbracht, oder unterzeichnet haben; 3) alle Diejenigen, welche dem Oesterreichischen Hause Gste, seinen Verwandten und Freunden feindseltige Artikel geschrieben, in Zeitungen gedruckt oder herausgegeben haben etc. — Da wird wohl in dem kleinen Modena vor dem gestrengen Richter Keiner schuldlos befunden werden! So beginnt die Aera wahrer demokratischer Völkerfreiheit. Von der Expedition des Königs von Neapel gegen Sicilien vernimmt man wenig. Es sollen 3 bis 4000 Schweizer mit eingeschifft sein. Wäre dies der Fall, so stände es doppelt schlimm um Sicilien. Ruggiero Settimo, der vor der Sicilischen Krone gestochen sein soll, ist in Rom angekommen.

G r i e c h e n l a n d.

Athen, den 27. August. Der Russische Geschäftsträger hat der Königl. Regierung eine Circularnote des Petersburger Cabinets vom 19. Juli mitgetheilt, welche den Zweck hat, den Einmarsch in die Moldau zu rechtfertigen und als die Folge eines mit der Pforte gestrohenen Uebereinkommens darzustellen. Daß dies letztere nicht der Fall war, der Einmarsch vorausging und die Verhandlung mit der Pforte erst folgte, haben die Aeußerungen der Pforte hin-

länglich dargethan. In dieser Note schiebt Rußland die seltsame Behauptung vor, daß die Angelegenheiten der Fürstenthümer ausschließlich Rußland und die Türkei angehen, als wenn dort Deutschland und Oesterreich nicht mächtige Interessen zu wahren und deshalb nicht auch ihre Stimmen zu erheben hätten. Ferner will das Petersburger Cabinet gar keinen Zusammenhang seiner mit der Pforte geschlossenen Verträge mit den übrigen Europäischen Uebereinkünften anerkennen, während doch bei dem Abschlusse aller dieser Verträge die Großmächte thätig theilhaftig waren, worüber sich sicherlich am wenigsten Rußland zu beklagen hatte. Die Note gibt übrigens die tröstliche Versicherung, daß die Räumung der Moldau, sobald sich die Pforte über den Stand in den Fürstenthümern beruhigt erklären wird, sogleich stattfinden werde. Die Versicherung verdient Anerkennung und Beachtung.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

New-York, den 13. August. Gestern hat im Hause der Repräsentanten zu Washington Hr. Charles Jared Ingersoll, früherer Vorsteher des Auswärtigen und eins der einflussreichsten demokratischen Mitglieder des Hauses, folgenden Congratulationsbeschluss des Amerikanischen an das Deutsche Volk eingebracht: Demnach es eben so sehr das Recht wie das Interesse des Volkes dieses ältesten und freiesten aller republikanischen Bundesstaaten ist, zu sympathisiren und sich zu freuen mit Allen, die unserm Beispiele folgen, und vor Allem mit jener großen Deutschen Nation, von welcher nicht allein wir, sondern auch die meisten unserer Englischen Vorfahren und Institutionen abstammen: sei es beschlossen von dem Senat und dem Repräsentantenhaufe der Vereinigten Staaten, im Congresse versammelt, ihre Glückwünsche dem Vereinigten Deutschen Bunde darzubringen, welcher legitime auf dem großen Prinzip der Volkssouverainetät begründet worden ist, in souverainen Staaten sich selbst zu regieren, ohne erbliche Herrscher, wodurch vierzig Millionen Deutsche friedlich wieder auf die höchste Stufe unter großen Nationen erhoben werden können; und sei es beschlossen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten hierdurch ersucht wird, eine Abschrift dieses Beschlusses durch den beglaubigten Amerikanischen Gesandten beim Deutschen Bunde überreichen zu lassen.

Der Beschlus Antrag, welcher, wie die Ernennung und Bestätigung des Hrn. Donelson zum Gesandten der Vereinigten Staaten bei der Deutschen Nationalvertretung, eine zuvorkommende Anerkennung des fait accompli der Deutschen Volkssouverainetät von Seiten der Vereinigten Staaten ist (haben wir doch erst seit einigen Tagen officielle Kenntniß von der Organisation der Deutschen Reichsverwaltung) — wurde einstimmig dem Ausschusse für die auswärtigen Angelegenheiten übergeben. Dieser wird natürlich bei dem nahen (morgigen) Schlusse des Congresses und dem damit verbundenen Strudel von Geschäften nicht Zeit haben, ihn für die Sanction beider Häuser noch in gegenwärtiger Sitzung zu moduliren. Indessen ist der Absicht, Deutschland von der Theilnahme des Amerikanischen Volks, trotz der entmuthigenden jüngern Eindrücke Frankreichs auf uns, zu versichern, wohl vorläufig hinreichend ausgesprochen.

(W. Z.)

Nach Berichten aus New-York vom 22. August dauerte die Aufregung unter der Irischen Bevölkerung fort und war sogar gestiegen, weil mehrere Journale erdichtete Briefe veröffentlichten, nach denen in einem Treffen zwischen dem Irischen Volke und den Engl. Truppen den letzteren 6000 M. mit zwei Generalen getödtet wurden und S. O'Brien an der Spitze eines Heeres von 60,000 Mann stand. Sobald dieser Lügenbericht gedruckt und verbreitet war, veranlaßten die Irischen Führer eine große Versammlung zu New-York, wobei sie ihren Zweck, weitere Geldbeiträge zu erlangen, glücklich erreichten.

Marktbericht. Berlin, den 11. Sept.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 58—62 Rthlr.; Roggen loco 30—31 Rthlr., 82 pfd. p. Sept./Okt. 29—28 $\frac{1}{2}$ Rthlr., Okt./Nov. 30—29 $\frac{1}{2}$ Rthlr., p. Frühjahr 33—32 $\frac{1}{2}$ a 32 $\frac{3}{4}$ Rthlr.; Gerst. große, loco 28 Rthlr., kl. 25 Rthlr.; Hafer loco nach Qualität 16—17 Rthlr.; Erbsen, Kochwaare 40 Rthlr., Futterwaare 37 Rthlr.; Rüböl loco 11 $\frac{1}{2}$ —11 Rthlr., Sept./Okt. 11 $\frac{1}{2}$ —11 Rthlr., Okt./Nov. 11 $\frac{1}{2}$ —11 $\frac{1}{2}$ Rthlr., Nov./Dez. 11 $\frac{1}{2}$ —11 $\frac{1}{2}$ Rthlr., Dez./Jan. 11 $\frac{1}{2}$ —11 $\frac{1}{2}$ Rthlr., Jan./Febr. 11 $\frac{1}{2}$ —11 $\frac{1}{2}$ Rthlr., Febr./März 11 $\frac{1}{2}$ —11 $\frac{1}{2}$ Rthlr.; Leinöl loco 9 $\frac{3}{4}$ Rthlr., Lieferung 9 $\frac{7}{8}$; Spiritus loco 18 $\frac{1}{2}$ —18 Rthlr. ohne Faß, mit Faß 17 $\frac{3}{4}$ verk., Sept./Okt. 17 $\frac{1}{2}$ Rthlr., Okt./Nov. 17 Rthlr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Sessel.

Stadt-Theater in Posen.

Donnerstag den 14. September: Die Liebe im Eckhause; Lustspiel in 2 Akten von A. Cosmar. — Vorher: Das war ich, oder: Die taube Nachbarin; Lustspiel in 1 Akt von Huth. — Zum Schluß: Die Schwaben in Ungarn; komische Pantomime mit Tänzen und lebenden Bildern, arrangirt von C. Gessau.

Die gestern Abend 9 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau, von einem gesunden Knaben, zeigt statt besonderer Meldung ergebenst an Posen, den 12. September 1848.

Schferth, Regierungsrath.

Öffentliches Aufgebot.

Land- und Stadtgericht zu Posen. Erste Abtheilung, den 26. Mai 1848. Auf den, früher der Wittve und Erben des Schuhmachermeisters Caspar Söhnelein, jetzt dem Fräulein Theresia Moldenhauer gehörigen Grundstücken sub No. 1. und 2. des Dorfs Piotrowo bei

Posen, stehen Rub. III. No. 1. 2. und 3. für den Fürstbischöflichen General = Vicariats = Amts = Kalkulator und Sportel = Rendanten Ernst Pausewang in Breslau, als Cessionars der Schuhmachermeister Bernhard und Mathilde geb. Schulwig — Apalischen Eheleute und zwar auf jedem Grundstücke besonders 75 Rthlr. nebst 5 Prozent Zinsen seit dem 28. April 1834 und 11 Rthlr. 24 Sgr. 7 $\frac{1}{2}$ Pf. Kosten, so wie die dem Betrage nach, nicht angegebenen Einziehungskosten, zusammen 150 Rthlr. und resp. 23 Rthlr. 19 Sgr. 3 Pf. ex decreto vom 4. März 1843. eingetragen. — Die darüber ausgefertigten Schuld- und resp. Hypotheken = Dokumente, bestehend aus den rechtskräftigen Erkenntnissen vom 12. September 1834, den festgesetzten Liquidationen vom 15. September 1836, 6. Dezember 1834, 4. Mai 1840 und den Requisitionen des Prozeßrichters vom 15. September 1836 und 27. Januar 1843 nebst den Hypothekenrecognitionsscheinen vom 5. März 1843 sind verloren gegangen.

Alle diejenigen, welche daran als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefsinhaber Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch

aufgefordert, solche binnen 3 Monaten und spätestens in dem dazu am 22. November d. J. Vorm. 10 Uhr, vor dem Herrn Oberlandesgerichtsaffessor Berndt, in unserm Instruktionsszimmer ansehenden Termine anzuzeigen, widrigenfalls sie damit präkludirt und die Documente für amortisirt erachtet werden müssen.

P r o c l a m a.

Der Handlungsdiener Carl Friedrich Wilhelm Schmidt, Sohn des Bäckermeisters Christian Friedrich Schmidt und der Dorothea Charlotte geb. Nechholz, späteren Wittve Peshlow, welcher zu Berlin am 26. Mai 1799 geboren ist, und im Jahre 1828 hier als Privatsekretair lebte, event. die von ihm etwa zurückgelassenen unbekannteren Erben und Erbnehmer werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf den 10. Juli 1849 Vormittags 11 Uhr

im hiesigen Gerichtstokale anberaumten Termine schriftlich oder persönlich zu melden, widrigenfalls der Carl Friedrich Wilhelm Schmidt für todt

erklärt, und sein Vermögen den bekannten nächsten Erben ausgeantwortet werden wird.

Bekanntmachung.

Im Termine den 28. September c. Vormittags um 9 Uhr, sollen im Walde zu Fabianowo und um 1 Uhr im Walde zu Kurowo bei Pleschen, die dort lagernden, dem Kaufmann Richter gehörigen Hölzer, bis zur Deckung der Forderung des Ertrahenten und der Kosten durch den Oberlandes-Gerichts-Assessor Fink gegen gleich baare Bezahlung meistbietend verkauft werden...

Bekanntmachung.

Der Bedarf an Bettwäsche und Kranken zc. Kleidungen für die Garnison-Anstalten und Lazarethe unseres Bezirks pro 1849, bestehend in:

- 19 feinen Decken-Bezügen,
43 feinen Kopfpolster-Bezügen,
27 feinen Bettlaken,
44 feinen Handtüchern,
785 blau und weiß gewürfelten ordinären leinenen Decken-Bezügen,
814 blau und weiß gewürfelten leinenen Kopfpolster-Bezügen,
1294 weiß leinenen ordinären Bettlaken,
1540 weiß leinenen ordinären Handtüchern,
545 grauen leinenen Leib-Strohfüßen,
603 grau leinenen Kopfpolsterfüßen,
600 Kranken-Röcken,
500 Krankenhosen,
600 Paar baumwollenen gestrickten Socken,

soll im Wege des Submissions-Verfahrens in Entreprise gegeben werden, und sehen wir der Einsetzung verfertigter Submissionen — als solche auf dem Couvert bezeichnet — bis zum 29. September Vormittags 10 Uhr entgegen.

Die nähern Bedingungen und Proben sind in unserer Registratur, so wie im Geschäfts-Lokale der königl. Garnison-Verwaltung zu Slogau ausgelegt.

Posen, den 6. September 1848.
Königliche Intendantur 5. Armee-Corps.

Die Weilläufigkeit der Unterhandlungen mit den Besitzern der zum Ankauf bestimmten Gemälde und die darauf eingetretenen Zeitverhältnisse haben die Verloosung bisher verzögert, dieselbe wird jedoch in den nächsten Tagen stattfinden, da nur noch das Eintreffen einiger von dem Königsberger Vereine eingewechselten Vereinsblätter zu erwarten ist.

Posen, den 12. September 1848.
Der Verwaltungs-Ausschuss des Posener Kunstvereins:
v. Beurmann, Fejzorowski, Dr. Barth, als Vorsteher. Schagmeister, als stellv. Sekretär.

Bekanntmachung.

Die am hiesigen Orte bisher bestandene Ressourcen-Gesellschaft Concordia hat sich nach dem Beschlusse ihrer Mitglieder aufgelöst. Wer an die Gesellschaft noch Forderungen oder Ansprüche zu haben vermeint, wolle dieselben bis zum 3. Oktober c. bei uns anmelden und seine Befriedigung gewartigen, indem am gedachten Tage das Inventarium der Gesellschaft öffentlich versteigert und der Erlös unter die Gesellschafts-Mitglieder getheilt werden soll.

Posen, den 7. September 1848.
Die Direction der Concordia.

Speicher an der Warthe sind zu vermietben bei J. Seidemann.

Unterzeichneter empfiehlt sich zur Anfertigung aller Art Kleidungsstücke für Civil und Militair und verspricht bei soliden Preisen prompte und reelle Bedienung.
Julius Eriem, Schneidermeister. Markt No. 62.

Hiermit meinen geehrten Geschäftsfreunden die ergebene Anzeige, daß ich nun auch die Leipziger Messe mit meinen Fabrikaten besuchen werde.

Die Seifen- und Parfümeriefabrik Heinrich Dehmel, Hof-Lieferant Ihrer Majestät der Königin von Preußen.
Dwarig, im Monat September 1848.

Das beliebte Dresdner Waldschlöschchen-Bier ist auch in der Klingenburger Weinhandlung Breslauer-Str. No. 37 zu haben, empfiehlt zugleich kalte und warme Speisen, so wie vom 1. Okt. d. J. einen Mittagstisch im Abonnement pro Monat 7 1/2 Thl.

Geschäfts-Verlegung.

Die Verlegung meiner Puz- und Mode-Waaren-Handlung vom alten Markt No. 82. nach alten Markt- und Neustrassen-Ecke No. 70., bringe ich hiermit zur gefälligen Kenntniß, und empfehle mein reichhaltig assortirtes Lager wie bisher, unter Versicherung der billigsten Preise und reellster Bedienung.

P. Stern, geb. Wehl.

NB. Eingang von der Neuenstraße.

Gegen ein Darlehn von 500 Thaler findet eine einzelne Person bei einer gebildeten Beamten-Familie in einer freundlichen, in deutscher Gegend, einige Meilen von der Eisenbahn gelegenen Stadt der Provinz Posen dauernde anständige Wohnung, Verköstigung und Pflege. Das Kapital wird gesichert und nicht gleich ganz verlangt. Näheres auf Adressen in der Expedition dieses Blattes unter R 37.

Ein hiesiger Bürger und Familienvater, der eine leserliche Handschrift orthographisch schreibt, sucht gegen ein billiges Honorar Beschäftigung als Copist. Näheres in der Expedition dieser Blätter.

Diejenigen, welche eine Forderung an mich zu machen haben, mögen sich bald melden.
E. Claude, Färber.

Um über den uns eingegangenen Bescheid des königl. Staats-Ministerii fernere Beschlüsse zu fassen, werden sämmtliche Hausbesitzer hiesiger Stadt dringend aufgefordert, sich am Mittwoch den 13ten d. Mts. Nachmittag 4 Uhr im hiesigen Stadttheater recht zahlreich einzufinden.

Der Ausschuss für die Feuerkassen-Angelegenheit hiesiger Stadt.

Der Vorstand des Central-Handwerker-Vereins für die Provinz Posen an seine Correspondenten.

Auf unsern Antrag hat der Herr General-Postmeister mittelst Erlaß vom 26sten August c. den in allgemeinen Angelegenheiten des Vereins von uns abzusendenden oder an uns eingehenden Correspondenzen die Portofreiheit unter der Bedingung bewilligt:

daß die betreffenden Briefe offen oder unter Kreuzband versendet und mit der Rubrik bezeichnet werden:

„Angelegenheiten des Central-Handwerker-Vereins in Posen“

Hierauf bitten wir fortan zu verfahren.
Posen, den 3. September 1848.

Nochmals zur Warnung.

Das alte Sprichwort: „Wie die Alten sungen, so pfeifen die Jungen“ hat letzten Sonnabend Abend hier einmal wieder seine Bestätigung gefunden. Ein Haufen deutscher Jungen versuchte es, mich mit einer kläglich verunglückten Raketenmuff, der ersten hier, zu begrüßen. Wenn die vielen Mitbürger, insbesondere die Mitglieder des deutschen Comité's, welche Gelegenheit hatten, meine, ihnen und unserer deutschen Sache nur Nutzen und nicht den geringsten Nachtheil bringende öffentliche Wirksamkeit seit dem 20. März d. J. zu beobachten, über mich stets redlich, gerecht und ohne Mißgunst gertheilt hätten, dann würde das noch sehr junge Posener Deutschthum vor dieser trübseligen und beschämenden Kinderei zuverlässig geschützt geblieben sein. Aufrichtig erfreut wird es mich, wenn diese Behauptung eine gründliche Widerlegung erhalten könnte, zu deren Genäßung, falls sie möglich ist, die Mitglieder des deutschen Comité's schon durch meinen, ihre allseitige Wahrhaftigkeit in Zweifel ziehenden Zuruf vom 20. Mai d. J. (Pos. Deutsche Ztg. vom 21. Mai d. J. No. 117 S. 680) die dringendste Veranlassung haben dürften.
Schreib.

Bescheidene Anfrage.

Ist das die neue Gewerke-Ordnung, durch welche der gesunkene Handwerkerstand geregelt und wieder gehoben werden soll, daß der hiesige Magistrat die Reparatur der Bedachung des Rathhausthurmes mit Eisenblech von einem Ziegel-Dachdecker, der doch in

der Blech-Dachbedeckung ganz unpraktisch ist, hat ausführen lassen? —

Oder giebt es hier keine Kupferschmiede oder Klempner, die in solcher Arbeit praktisch sind und deren Fach eigentlich Blechbedeckung ist? —

Oder ist es etwa nicht heilige Pflicht des hiesigen Magistrats, wenn schon nicht auf Sparfamkeit, so doch wenigstens darauf ernstlich zu halten, daß von den der Kommune gehörigen Fonds oder Revenüen wenigstens nicht rein weggenommen werden? —

Die gedachte Reparatur ist so schlecht ausgeführt, daß das dafür gezahlte Geld so gut als in den tiefsten Grund des Meeres geworfen ist, während Kupferschmiede oder Klempner dieselbe für denselben Preis gut gefertigt haben würden.

Wenn solche Schwabenstriche und solches Wegwerfen von Geldern öfter vorkommen sollten, so würde außer der Hundsteuer bald noch eine andere, z. B. Ragensteuer eingeführt werden müssen; da Ragen aber nicht so gemüthlich als Hunde sind, so würde von ersteren, nicht so lieblichen Thierchen, gewiß eine, bekanntlich nicht angenehme Musik vorangehen. —

Wenn der Ziegel-Dachdecker Blech-Bedachung fertigt, warum wird denn der Kuh-Hirte nicht Musik- oder Koppelmeister? —

Oder ein Eckenscher, der gar keine Schulkenntnisse besitzt, Stadt-Inspektor oder Ober-Bürgermeister? —

Wirkliche Sachverständige werden, bei Besichtigung gedachter Reparatur-Arbeiten, die vorstehenden Behauptungen und Vergleiche gewiß ganz richtig finden. —

Schließlich noch die letzte bescheidene Anfrage: „Wäre es nicht etwa Pflicht der Vertreter der Kommune (der Stadtverordneten-Verammlung) dahin zu wirken, daß solchen gewaltigen Mißgriffen vorgebeugt werde?“

Posen, den 12. September 1848
August Valthasar, Klempnermeister.

Dringende Aufforderung.

In No. 207. der Posener Zeitung befindet sich ein Libell gegen mich, auf das ich jetzt schon näher eingehen und beweisen würde, daß es nichts als eitle Verläumdungen meiner Person enthält, wenn ich nicht bei meiner desfalls veranlaßten Recherche in Landsberg a/W., durch den dortigen Bürgermeister und Gewerks-Assessor Herrn Neumann erfahren hätte, daß in ganz Landsberg a/W. gar keine Tischlermeister Namens Heinrich und Bohne existiren.

Da ich nun aber die Sache weiter und gerichtlich verfolgen will, so fordere ich hiermit Denjenigen, welcher besagte Annonce fabricirt hat, öffentlich auf: mich in diesem Platte oder auf anderem Wege seinen resp. Namen und Stand wissen zu lassen.
Löschke, Tischlermeister in Posen.

Berliner Börse.

Table with columns: Title, Zinst, Brief, Geld. Rows include Staats-Schuldscheine, Seehandlungs-Prämien-Scheine, Kur- u. Neumärkische Schuldversch., Berliner Stadt-Obligationen, Westpreussische Pfandbriefe, Grossh. Posener, Ostpreussische, Pommersche, Kur- u. Neumärk., Schlesiische, v. Staat garant. L. B., Preuss. Bank-Antheil-Scheine, Friedrichsd'or, Andere Goldmünzen à 5 Rthlr., Disconto, Eisenbahn-Actien (voll eingezahlt), Berlin-Anhalter A. B., Berlin-Hamburger, Berlin-Potsdam-Magdeb., Berlin-Stettiner, Köln-Mindener, Magdeburg-Halberstädter, Niederschles.-Märkische, Ober-Schlesische Litt. A., Rheinische, Thüringer, Stargard-Posener.